

Energiearmut in Europa:

Agenda-Ko-Kreation und Wissensinnovation

Call for Action

Mai 2020, mit Beiträgen von

Barbosa, R.; Barrella, R.; Bouzarovski, S.; Castaño-Rosa, R.;
Chatzikonstantinou, E.; Cornelis, M.; Dereniowska, M.; Dobbins, A.; Dubois,
U.; Gaydarova, E.; Grossmann, K.; Guyet, R.; Hanke, F.; Hesselman, M.;
Horta, A.; Jiglau, G.; Katman, F.; Katsoulakos, N.; Martín-Consuegra, F.;
Mattioli, G.; Mengolini, A.; Mohlakoana, N.; Robic, S.; Sagan, I.; Sareen, S.;
Sinea, A; Stojilovska, A.; Thomson, H.; Tirado Herrero, S.; Varo, A.;
Vatavali, F.; Živčič, L.



Steigende Energiearmut in Zeiten der COVID-19-Krise. Zeit für ein Recht auf Energie!

Was wäre, wenn Sie bei der Ankündigung des Lockdowns Ihren Fernseher nicht einschalten könnten, um Nachrichten zu sehen, keine Videoanrufe mit Ihrer Familie führen könnten, oder Probleme hätten Ihre Wohnung angemessen warm zu halten? Was wäre, wenn Sie sich jedes Mal, wenn Sie eine warme Mahlzeit kochen oder Ihr Kind online Home Schooling macht, Sorgen wegen der bevorstehenden Energierechnung machen müssten? Was wäre, wenn Sie als Folge des wirtschaftlichen Abschwungs Ihren Arbeitsplatz verlieren würden?

Die COVID-19-Krise schafft überall neue Probleme, unabhängig vom Land, der Region, dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand oder dem kulturellen und bildungspolitischen Hintergrund der Menschen. Wir, eine Gruppe von WissenschaftlerInnen und ExpertInnen auf dem Gebiet der Energiearmut, glauben, dass die Covid-19 Krise einmal mehr zeigt, dass Energie und Energiedienstleistungen wesentliche Bestandteile eines sicheren, gesunden und menschenwürdigen Lebens sind. Wir fordern eine sachlich informierte europäische Debatte über ein Recht auf Energie und auf Energiedienstleistungen. Begleitet durch solide wissenschaftliche Untersuchungen unterstützt eine solche Debatte einen bestmöglichen Umgang mit der gegenwärtigen Situation und den Nachwirkungen der Krise. Wir setzen uns für die Entwicklung einer neuen Normalität ein, einer Normalität in der Energiearmut der Vergangenheit angehört und fordern einen innovativen Energiesolidaritätspakt.

Unmittelbare Auswirkungen der COVID-19-Krise auf energiearme Haushalte in Europa

Energiearmut bedeutet, dass sich Menschen [nicht mit einem ausreichenden Level an Energie versorgen können](#). Sie drückt sich zum Beispiel darin aus, dass aufgrund überhöhter Energierechnungen, eines niedrigen Einkommens und/oder schlechter Energieeffizienz nicht ausreichend gekühlt oder geheizt werden kann. Energiearme Menschen sind anfälliger für Gesundheitsrisiken wie [Erkrankungen der Atemwege oder psychische Leiden](#), wodurch sie durch die gegenwärtige Krise besonders gefährdet sind. Durch die Pandemie vervielfachen sich diese Energiearmutsfaktoren weiter (niedrige Einkommen, hohe Rechnungen, schlechte Qualität von Wohnungen) und verstärkt die Notwendigkeit, Energiearmut besser zu verstehen und die Situation energiearmer Haushalte wahrzunehmen.

Mit der globalen Ausbreitung der COVID-19-Krise erfassen dessen Folgen die internationale Gemeinschaft. Die andauernde Rezession, die durch die weltweite Abschottung ausgelöst wurde, vertieft bereits bestehende soziale Ungleichheiten. Arbeitsplatzunsicherheit gehört neben den Auswirkungen auf das Gesundheitswesen zu den sichtbarsten Folgen der Krise. [Demnach könnte sich die Arbeitslosigkeit in Europa verdoppeln](#). Prekär Beschäftigte im Einzelhandel oder in der Gastronomie sind die ersten Opfer des plötzlichen Stillstands. Zudem hat sich gezeigt, dass Energiearmut wesentlich zu psychischen Erkrankungen beiträgt. Diese Verwundbarkeit überschneidet sich nun mit den Ausgangssperren. Ganze Bevölkerungen müssen für eine ungewisse Anzahl an Wochen zu Hause bleiben, was nicht nur zu niedrigeren Einkommen, sondern auch zu emotionaler Bedrängnis und Unsicherheit in



Bezug auf die Zukunft führt.


Unser Leben verändert sich tiefgreifend. Die COVID-19-Krise verschärft Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, welche wiederum tief mit den Faktoren und Erfahrungen von Energiearmut verbunden sind. Ausgangssperren steigern den Bedarf nach Energiedienstleistungen um zu kochen, elektronischer Geräte zu betreiben, um zu heizen oder zu kühlen. In einigen Ländern wird der Stromverbrauch der Haushalte deutlich (mehr als 10 Prozent) steigen und damit zu höheren Rechnungen führen. Während des Lockdowns spielt die Beschaffenheit der Wohnung und des Haushalts eine noch größere Rolle. Unzureichende Isolierung und ineffiziente Geräte, fehlender garantierter Zugang zu Energie und anderen wichtigen Versorgungseinrichtungen sowie der steigende Energieverbrauch wirken sich auf das Budget der Haushalte aus. Überfüllter und ungeeigneter Wohnraum machen sich noch stärker bemerkbar. All dies beeinträchtigt die Lebensqualität, führt zu erhöhter Energieverwundbarkeit und steigender sozialräumlicher Ungleichheit.

Die ENGAGER COST Action hat bereits umfangreiche Forschungsarbeiten und politische Leitlinien zu den Ursachen und Folgen von Energiearmut in Europa und darüber hinaus veröffentlicht, in denen die soziale und räumliche Verteilung relevanter Energieverwundbarkeit aufgezeigt wird. Im Zuge der Krise hat sich bereits bestehende Energiearmut verschärft. Einige Menschen sind gezwungen, in der Kälte und im Dunkeln auszuharren, sie haben keinen Zugang zu Energiedienstleistungen oder zu warmem Wasser. Einige waren bereits vorher von Strom- (bis zu 350,000 Haushalte in Deutschland) und Gassperren betroffen, sind nun nicht mehr in der Lage, den Anschluss wiederherzustellen, oder geraten weiter in die Schuldenfalle bei ihrem Versorgungsunternehmen. Trotz der in vielen Ländern ergriffenen Notfallmaßnahmen, des Einfrierens der Energiepreise, dem vorübergehenden Verbot von Strom- und Gassperren oder der finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand verbleiben viele Haushalte in prekärer Lage. Unterrepräsentierte Minderheiten bleiben von den Notfallmaßnahmen ausgeschlossen. Social Distancing bedeutet auch, dass es schwieriger wird, Hilfe zu suchen und zu erhalten, sei es in Form sozialer Einrichtungen oder von Familie und Freunden. Über die finanzielle Belastung hinaus stellt dieser Kontext auch eine zusätzliche Belastung für die physische und psychische Gesundheit dar, selbst für diejenigen, die nicht selbst vom Coronavirus betroffen sind. Längerfristig werden die Haushalte bei sinkenden Einkommen Schwierigkeiten haben, ihre Mieten und Hypotheken zu bezahlen, und es besteht die Gefahr von Massenzwangsräumungen.

Wir erwarten, dass im Laufe der Zeit neue Aspekte der Energiearmut entstehen werden. Mehr Menschen könnten mit Energiearmut konfrontiert werden, sei es vorübergehend oder dauerhaft. Freiberufler, Kleinst-, klein und mittlere Unternehmen (KMUs) könnten größere Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen und ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Familien könnten mit neuen Dilemmata und konkurrierenden Prioritäten (Essen, Heizung, Transport, Telekommunikation) konfrontiert werden. Haushalte könnten nicht in der Lage sein, die Zusatz- und Nachzahlungen zu bezahlen, sollte das zeitweilige Verbot von Strom- und Gassperren aufgehoben werden.

Ein Solidaritätspakt für das Recht auf Energie

Die gegenwärtige Krise verdeutlicht die zentrale Rolle von Energie für das tägliche Leben.




Energiearmut bedeutet, dass wir nicht in der Lage sind, an der Gesellschaft sozial, wirtschaftlich und politisch teil zu haben. Mehr Menschen im Dunklen zu lassen, ist nicht akzeptabel. **Die Pandemie läuft Gefahr, den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie zu untergraben**, indem bestehendes Misstrauen gegenüber Regierungen und Entscheidungsträgern zunimmt. Daher kommt der **Entwicklung eines europäischen Solidaritätspaktes** eine entscheidende Bedeutung zu, um so die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen vor aktuellen und zukünftigen Krisen zu schützen, die zunehmenden sozialen Ungleichheiten anzugehen und die Gesundheit und das Wohlergehen europäischer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Zu einer gerechten Aufteilung der Pandemiekosten zwischen den Haushalten, dem Staat und den Wirtschaftsakteuren gehört ein erweiterter Schutz der gefährdeten Bevölkerung. Wir fordern zusätzliche Anstrengungen bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, um die Auswirkungen solcher weltweiten Krisen auf energiearme und verwundbare Bevölkerungsgruppen besser untersuchen und verstehen zu können.

Es ist an der Zeit, über ein Recht auf Energie für alle nachzudenken.

Kurzfristig müssen die **Regierungen dringend die wirtschaftlichen und sozialen Unterstützungsmaßnahmen für die Schwächsten aufrechterhalten und sogar erhöhen**. Die Wohlfahrtsorganisationen, sowie Sozial- und Energiedienstleister müssen auch vom Home-Office aus weiterhin ihr Bestes geben. Um den Schock der Krise aufzufangen und die Kaufkraft zu erhalten, sind flexible Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Einkommens von Menschen notwendig, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder vor Zwangsurlaub und Kurzarbeit stehen. Die Steuerpolitik sollte auf dieses Ziel ausgerichtet sein. Die Politik muss so gestaltet werden, dass sie jene Haushalte und Betriebe identifiziert, die aufgrund der Krise ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, und eine angemessene Ausrichtung von Sozialtarifen, Subventionen und Pauschalbeihilfen gewährleistet. Da die Situation der Verbraucher prekärer wird und sie in Zeiten des Lock-Downs zudem mehr Energie verbrauchen, sollte der zuverlässige Zugang zu finanzieller Unterstützung verbessert werden. Ein Fond zur Bekämpfung von Energiearmut, getragen von verschiedenen Akteuren, wie z.B. den Versorgungsunternehmen, könnte für den Schuldenerlass der Haushalte im Energiebereich und zur Sicherstellung, dass Familien ihre Rechnungen bezahlen können, eingesetzt werden.

Erschwingliche Energiepreise sind notwendig, nicht nur für schutzbedürftige Verbraucher. Preisobergrenzen, das Einfrieren von Energiepreisen oder Sozialtarife müssen eingeführt oder angepasst werden, damit schutzbedürftige Haushalte ihre Bedürfnisse decken können. Viele energiearme Haushalte sind von hoch besteuerten alternativen Brennstoffen und Brennstoffen (wie Heizöl) abhängig, die nicht in die Schutzmaßnahmen einbezogen sind. Daher müssen spezifische Regeln durchgesetzt werden, um die Kostenbelastung dieser Energien während der COVID-19-Krise zu reduzieren.

Wir fordern ein Verbot von Strom- und Gassperren. Die Regierungen sollten Strom- und Gassperren für einen längeren Zeitraum als die Dauer des Lock-Downs verbieten, zumindest bis ausstehende Zahlungen beglichen werden können, im günstigsten Fall bis zu einem Zeitraum von fünf Jahren. Gleichzeitig muss die Anhäufung von Schulden der Haushalte bei den Versorgungsunternehmen verhindert werden. Ein Mindestniveau für den Energieverbrauch pro Haushalt sollte festgelegt werden, um die Grundbedürfnisse aller Haushalte sicherzustellen. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass die



Grundbedürfnisse, die in direktem Zusammenhang mit der COVID-19-Krise stehen wie z.B. sanitäre Einrichtungen, Hygiene und Information, gedeckt sind. Nach diesem Zeitraum ist eine allgemeine Gesetzesänderung erforderlich, so dass jeder Versorger nachweisen muss, dass Energiesperren keine sozialen Härten verursachen. In Zusammenarbeit mit der Regierung, den Regulierungsbehörden und den Versorgungsunternehmen sollten günstige Schuldenmanagementmechanismen oder sogar ein Schuldenerlass eingeführt werden.

Die Qualität von Wohnungen ist eine der dringendsten Fragen. Die Sicherstellung von menschenwürdigem Wohnraum für alle sollte eine Priorität von Konjunkturprogrammen sein. Wohnqualität geht dabei über Energieeffizienz hinaus. Dennoch ist es notwendig, die thermische Wohnraumsanierung zu beschleunigen und gleichzeitig die laufenden Kosten für die Haushalte erschwinglich zu halten. Die von der EU vorgeschlagene Renovierungswelle sollte fair und umfassend sein, um zu gewährleisten, dass auch die Ärmsten in effizienten Häusern leben können. Zugang zu erneuerbarer Energie und energieeffizienten Geräten zu erschwinglichen Preisen muss für alle möglich sein. Eine Mindest-Energieeffizienzeinstufung sollte für alle Wohnungen, insbesondere die auf dem Mietmarkt (wie in der Richtlinie (EU) 218/844 vorgeschlagen), vorgeschrieben werden.

Ein europäischer Solidaritätspakt gegen Energiearmut wird zu einer verbesserten ökologischen und sozialen Resilienz der europäischen Gesellschaften beitragen, in dem Energie als eine wesentliche Dienstleistung und ein gemeinsames Gut betrachtet wird, ebenso wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Wohnen.